

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft.

c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM  
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF ( IGAS )

Eichwalde, am 28.Juli 2017

Az.: Io + EG

## P r e s s e - E r k l ä r u n g

**Wird es verdienstvoll, für das Establishment ein "Populist" zu sein ?**

- zu "Deutscher Populismus fällt moderat aus. Studie der Bertelsmann-Stiftung: 30 Prozent der Wahlberechtigten gehen auf Distanz zu den demokratischen Institutionen", MAZ 26.Juli 2017, Seite 4 -

Die im Beitrag vertretene Definition des Populismus erscheint eher als treffend für eine "Stimmungsumfrage zur Beurteilung der offiziellen Politik, des Handelns des Establishments, weil der Funktion der Wahrhaftigkeit der vertretenen Ansichten, ihrer objektiven Begründetheit, darin so gar keine Bedeutung zugedacht wird - und im Titel müßte es statt "30%" heißen "über 60%".

Als populistisch in objektivem Sinne erscheint mir vielmehr ein Verhalten, welches angeblich alternativlose Maximen ohne sachliche Begründung vorbei an Recht und Gesetz sowie am mehrheitlichen Gerechtigkeitsgefühl von Christen wie Humanisten zur Gewinnung von Machtpositionen verkörpert !

Doch folgen wir zunächst der Populismus-Definition des MAZ-Beitrages, um dessen Folgen zu verdeutlichen:

Wenn also schon seit spätestens 1997 an die Politik das gesehene Erfordernis der Spekulationsdämpfung über eine Tobin-Steuer, heute Finanztransaktionssteuer, und zeitraumbezogene stabile Wechselkurse (Bretton-Woods-Abkommen) herangetragen und inzwischen als zielführend weitgehend anerkannt ist, aber nach zwei Jahrzehnten noch immer nicht umgesetzt wurde - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn spätestens seit 2003 gegenüber der Elite begründet die Meinung vertreten wird, daß man im Bruttosozialprodukt (BSP) pro Einwohner sehr differierende Volkswirtschaften nicht in einer Währungsunion vereinen darf, aber z.Z. Staaten mit einem BSP-Spektrum von 60000 \$/Ew. a (Monaco) bis herunter zu 2000 \$/Ew. a (Kosovo) im €-Raum vereint sind und laufend zu €-Krisen führen, die bereits in der Null-Zins-Politik unter Entwertung von Altersversorgungs- und Sparmaßnahmen führten - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn spätestens seit der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-Krise, von welcher sich viele der Volkswirtschaften bis heute noch nicht erholen konnten und welche mit weltfinanzbezogenem BSP-relevanten Bad-Banks noch immer wie ein Damokles-Schwert über den Staaten hängt, von der Elite eine tiefgreifende Reform des Weltfinanzsystems und auch der EU gefordert wird, aber die Spekulation de facto fast ungebremst weitergeht und die "systemrelevante" Deutsche Bank und italienische Banken schon wieder kurz vor einem neuen "Rettungserfordernis" stehen könnten, obwohl der Reformbedarf verbal als anerkannt gilt - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR AnLieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft.

c./o. Stubentrauchstr.71, 15732 Eichwalde,

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM  
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF ( IGAS )

Eichwalde, am 28.Juli 2017

Az.: Io + EG

## P r e s s e - E r k l ä r u n g

**Wird es verdienstvoll, für das Establishment ein "Populist" zu sein ?**

- zu "Deutscher Populismus fällt moderat aus. Studie der Bertelsmann-Stiftung: 30 Prozent der Wahlberechtigten gehen auf Distanz zu den demokratischen Institutionen", MAZ 26.Juli 2017, Seite 4 -

Die im Beitrag vertretene Definition des Populismus erscheint eher als treffend für eine "Stimmungsumfrage zur Beurteilung der offiziellen Politik, des Handelns des Establishments, weil der Funktion der Wahrhaftigkeit der vertretenen Ansichten, ihrer objektiven Begründetheit, darin so gar keine Bedeutung zugebracht wird - und im Titel müßte es statt "30%" heißen "über 60%".

Als populistisch in objektivem Sinne erscheint mir vielmehr ein Verhalten, welches angeblich alternativlose Maximen ohne sachliche Begründung vorbei an Recht und Gesetz sowie am mehrheitlichen Gerechtigkeitsgefühl von Christen wie Humanisten zur Gewinnung von Machtpositionen verkörpert !

Doch folgen wir zunächst der Populismus-Definition des MAZ-Beitrages, um dessen Folgen zu verdeutlichen:

Wenn also schon seit spätestens 1997 an die Politik das gesehene Erfordernis der Spekulationsdämpfung über eine Tobin-Steuer, heute Finanztransaktionssteuer, und zeitraumbezogene stabile Wechselkurse (Bretton-Woods-Abkommen) herangetragen und inzwischen als zielführend weitgehend anerkannt ist, aber nach zwei Jahrzehnten noch immer nicht umgesetzt wurde - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn spätestens seit 2003 gegenüber der Elite begründet die Meinung vertreten wird, daß man im Bruttosozialprodukt (BSP) pro Einwohner sehr differierende Volkswirtschaften nicht in einer Währungsunion vereinen darf, aber z.Z. Staaten mit einem BSP-Spektrum von 60000 \$/Ew. a (Monaco) bis herunter zu 2000 \$/Ew. a (Kosovo) im €-Raum vereint sind und laufend zu €-Krisen führen, die bereits in der Null-Zins-Politik unter Entwertung von Altersversorgungs- und Sparmaßnahmen führten - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn spätestens seit der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-Krise, von welcher sich viele der Volkswirtschaften bis heute noch nicht erholen konnten und welche mit weltfinanzbezogenem BSP-relevanten Bad-Banks noch immer wie ein Damokles-Schwert über den Staaten hängt, von der Elite eine tiefgreifende Reform des Weltfinanzsystems und auch der EU gefordert wird, aber die Spekulation de facto fast ungebremselt weitergeht und die "systemrelevante" Deutsche Bank und italienische Banken schon wieder kurz vor einem neuen "Rettungserfordernis" stehen könnten, obwohl der Reformbedarf verbal als anerkannt gilt - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn die Standortwahl für das Flughafenprojekt BER seit über 20 Jahren gegenüber den Eliten begründet kritisiert wird und inzwischen diese Kritik nicht nur grundsätzlich-moralisch, sondern durch konstaterbare vielfältige Rechtsverletzungen übergeordneten Rechts (EU, GG) als begründet gilt, aber trotzdem und trotz aller Planungs-, Bau- und Finanz- Desaster am Standort festgehalten wird - ist dann Kritik daran populistisch ?

Wenn selbst bei eventueller BER-Betriebsgenehmigung im gegenwärtigen Projekt-Umfange entgegen geltendem Recht, das eine BER-Südbahn-Dauerbetriebs-Genehmigung wegen Verstoßes gegen das ICAO Dov.9184 ausschließt, aber schon beim Betrieb zweier Start- und Landebahnen in Schönefeld und dazu dem Betrieb von Tegel TXL die Kapazität trotz SXF-Weiterbetrieb nicht ausreicht, der Betrieb von SXF aber wie auch der von TXL nach BER-Inbetriebnahme dem PFB widerspricht, aber die Exekutiven von Berlin und Brandenburg nur die Schließung von Tegel TXL nach BER-Inbetriebnahme fordern - ist die Kritik daran populistisch ?

Wenn die Offenhaltung von Tegel TXL bis zur Errichtung eines neuen BER in Sperenberg oder anderswo unvermeidlich ist, aber dessen Offenhaltung wegen eines Investitionsbedarfes von 1,1 Mrd.€ aufgrund jahrzehntelangen "Fahrens auf Verschleiß" vom Establishment abgelehnt wird, aber trotzdem für Tegel TXL ein Investmentangebot von RYANAIR in Höhe von 1,3 Mrd.€ abschlägig beschieden wurde - ist die Kritik daran dann populistisch ?

Wenn Bürger von Beginn an (2011) wissen, daß sie mit Altanschließerbeiträgen grundgesetzeswidrig zur Kasse gebeten werden sollen, und dies auch noch generell mit überhöhten Beiträgen, weil die schon seit 2000 geltende EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG mißachtet und Industrie, Flughafen und Landwirtschaft entgegen dem Verursacherprinzip von Haushalten subventioniert werden, ihre Zahlungsverpflichtung vom BVerfG als hinfällig erkannt wurde, aber ein Zweckverband (MAW) sogar trotz schon vorheriger Begleichung aller Nachbeitritts-Investition durch ebenfalls überhöhte Gebühren sich weiterhin, und dies auch trotz aktuell sechs Urteilen von Landgerichten (Frankfurt/Oder, Cottbus) pro Bürger zur Rückzahlung selbst ohne vorher erhobenem Widerspruch nach dem Staatshaftungsgesetz, weigert, eine Rückzahlung an alle Altanschließer anzuerkennen, aber diese gesamte Problematik der Elite niemals bekanntgemacht wurde, ohne Wirkung zu erzielen - ist dann die Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn die Justizorgane trotz bereits seit langem erkennbarer Überlastung in Brandenburg und trotz Stellenabbaues mit immer mehr Verfahren aufgrund von Fehlhandlungen der Elite belastet werden und die Sachlage sogar als bekannt gilt, ohne daß schnelle Abhilfe in Sicht ist, sondern stattdessen eine weitere Eskalation der Lage, und deren Beschäftigte deshalb sogar erstmals auf die Straße gehen, sowohl wegen gesehener Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit als auch für die Demokratie - ist dann Kritik an der Elite populistisch ?

Wenn selbst von der Staatskanzlei gegenüber einem Bürger mit EU-Petition, seinerseits eingereicht gegen eine BER-Beihilfegewährung, erklärt wird, es gäbe gar kein Beihilfeverfahren, obwohl die EU-Kommission die beantragte Petition von 2,6 Mrd.€ auf 2,2 Mrd.€ "deckelte" - ist dann Kritik an der Elite populistisch ?

Ich sehe es eher als populistisch an, wenn wider gegebenen Fakten und besserem Wissen vom Establishment, also Behörden und Presse, die Öffentlichkeit mit "beruhigenden" Informationen bedacht wird, um berechtigte Kritik abzumildern oder abzuwürgen !

Ihre Beitrags-Definition des Populismus gem. MAZ ist also leider völlig unzutreffend:

Populismus ist gem. Duden eine "opportunistische Politik, die Gunst der Massen zu gewinnen", also prinzipienlos und allein zweckmäßigkeit begründet in der Zielrichtung der Massengunstgewinnung !

Die mir bekannten Bürgergruppierungen zu vorgehen. Problemkreise aber arbeiten sehr wohl nach Prinzipien: pro Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft !

Wer aber nach der MAZ-Definition zum Populisten erklärt wird, z.B. die "Tegel-Fans" trotz nicht möglicher BER-Inbetriebnahme-Genehmigung wegen vielfacher Verletzung übergeordneten Rechts, darf dies aus vorgehen.

Gründen zu Recht als E h r e ansehen, auch wenn dies presseseitig mit negativer Wertung verknüpft ist.

Allen Aktiven kann man da nur zurufen:

"Weiter so - aber laßt Euch ein dickeres Fell wachsen !"

Der kritisierte Pressebeitrag der MAZ erfüllt also selbst voll die Kriterien des Populistischen, und er darf in der Vorwahlzeit als "Eliten-Weißwäsche-Aktion" gewertet werden - unter "Verabreichung von Presseschelte" an 63,1% aller Bürger als teils oder völlig populistisch !

Hurra ! Unsere Bürger sind allgemein viel kritischer, als viele Angehörige des Establishments glauben ! Die nächsten Wahlen werden interessant werden!

Denn w e r will denn nun die Gunst der Massen gewinnen - die vielen kleinen oder größeren Initiativen, Interessengemeinschaften, Vereine oder Verbände oder die Politiker, die Elite ?

Wegen meiner "Retourkutsche" zur Presseschelte der Mehrheit der Bürger als "populismus-infiziert" wegen ihrer kritischen Haltung zum Establishment glaube ich allerdings nicht daran, daß dieser Beitrag jemals in der leserstärkeren Presse veröffentlicht werden könnte. Und daß die Bürgermehrheit die Politik des Establishments gemeinsam als kritisch beurteilt, ist keine "populistische Behauptung", sondern sogar das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit der Bertelsmann-Stiftung !

Können nun kritische Demokraten ruhig schlafen ? Die Demokratie lebt zumindest noch !

Und dann können sich dazu auch noch kritische Bürger auf das Urteil anerkannter "politischer Insider" wie Dr.Norbert Blüm und Prof.Dr.Norbert Lammert berufen :

Daß die B ü r g e r noch politisch denken, belegt die gen. Bertelsmann-Stiftungs-Studie, während Norbert Blüm schon zufrieden ist, wenn in der P o l i t i k überhaupt gedacht wird (Interview in : MAZ vom 27.Juni 2017, Seite 10), während Prof.Lammert dies noch dadurch verständlich machte, daß sich die Anzahl der Lobbyisten seit dem Umzug des Deutschen Bundestages von Bonn nach Berlin verzehnfacht habe und sie teils in Kompaniestärke anrücken, um Gesetzesvorhaben zu beeinflussen (Interview in Publik Forum Nr.11/2017, S.48 bis 51, kommentiert in Publik Forum Nr.13/2017, S.58).

Gibt das nicht Auftrieb für alle von der MAZ als Populisten eingestufte kritische Bürger ?

Aber: Wo bleibt das Hinterfragen, der investigative Journalismus ? Wurde er heimlich verboten ? Ich bitte bei dieser Frage zu bedenken : Es ist keine Behauptung, sondern lediglich Ausdruck meines Unverständnisses über so viel haarsträubende Unlogik !



Dr. G. Briesé,  
EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ  
UND NACHTFLUGVERBOT